

## Zur wirtschaftlichen Ausrichtung des Front National

Fabien Tarrit

Auf Initiative des Ordre Nouveau – einer faschistischen Organisation, die sich aus ParteigängerInnen des Marschall Pétain<sup>1</sup>, früheren Folterern während des Algerien-Krieges und katholischer Würdenträger – wurde der Front National 1972 gegründet, mit Jean-Marie Le Pen an ihrer Spitze. Seine Tochter Marine Le Pen folgte ihm 2011. Die FN ist mithin nicht aus der Arbeiterbewegung, sondern aus der reaktionärsten Fraktion der Bourgeoisie entstanden. Es handelt sich um eine bürgerliche Partei, welche den Kapitalismus verteidigt: „Wir stellen weder die Marktwirtschaft noch die Wohltaten der Konkurrenz, sofern sie fair ist, infrage.“ Es geht darum, „die Wettbewerbsfähigkeit wieder zu erlangen“ und gegen „unfaire internationale Konkurrenz“ zu kämpfen, so die FN-Vorsitzende Marine Le Pen (Le Monde, 20.9.2012). Auch wenn man auch nicht im strengen Sinn von einer faschistischen Partei sprechen kann, da sie sich zur parlamentarischen Demokratie bekennt<sup>2</sup>, so fügt sich der FN doch zweifellos in diese Tradition ein.

Der Front National verteidigt einen starken Staat im Dienste des traditionellen Kleinbürgertums, das durch die Konkurrenz geschwächt ist (1). In dieser Hinsicht attackiert es aber nicht das große Kapital, sondern die Arbeiterklasse, während es diese gleichzeitig einzulullen versucht, um deren Stimmen zu gewinnen (2). Gegen den Fremden/die Fremde konzentriert der FN ihren Hauptangriff, vor allem um die Arbeiter zu spalten, indem sie die Arbeiter französischer Nationalität gegen die immigrierten Arbeiter über eine Politik der nationalen Präferenz in Front bringt (3).

### Ein starker Staat im Dienste des traditionellen Kleinbürgertums und des durch die Konkurrenz geschwächten Industriekapitalismus

Während die bürgerlichen Hauptströmungen das nationale Kapital gegenüber der Konkurrenz anderer Länder verteidigten, hat sich der Faschismus traditioneller Weise dem Kleinbürgertum zugewandt, das durch die Verheerungen durch den Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase, speziell durch das Finanzkapital ruiniert wurde: „Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen der wütenden Kleinbürger in Bewegung, die Banden deklassierter und demoralisierter Lumpenproletarier, all diese unzählbaren Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elende gestürzt hat.“ (Trotzki 1971: 194) In dieser Hinsicht plädiert der FN angesichts der Krise für eine Reindustrialisierung und eine Unterstützung für die Klein- und Mittelbetriebe. Er will daher „der Entwicklung der Handwerker und Händler, die netto Arbeitsplätze schaffen, absolute Priorität“ (Front National 2013: 60) einräumen. Er preist hierbei ihre Fähigkeit, „unverzichtbare Vektoren der sozialen Bindung“ darzustellen und „das Raffinement unserer Zivilisation“ (ibid: 60) zu verkörpern, wobei er die Überlegenheit der westlichen Zivilisation postuliert. Konkret schlägt der FN die Schaffung mittlerer Steuerklassen für die Einkommensteuer vor, um „die progressiver zu machen“ (ibid.: 71). Dies solle in einer Art geschehen, dass „die Mittelklassen weniger Einkommensteuer, die wohlhabendsten Haus-

halte hingegen mehr zahlen“ (ibid.: 71). Er schlägt weiters vor, den Soziallohn zu reduzieren, indem die auf Unternehmenseite fallenden Sozialabgaben, welche missbräuchlich als Soziallasten bezeichnet werden, bei allen Löhnen bis zu einem 1,4-fachen des Mindestlohns um 200 Euro entlastet werden sollten. Diese Entlastung solle durch eine Zollabgabe, die als „Sozialbeitrag für Importe“ (ibid.: 73) bezeichnet wird, finanziert werden.

Real verteidigt der FN weniger das Kleinbürgertum als das nationale Kapital, genauer seine industrielle gegen die finanzielle Fraktion. Das Ziel der FN ist ein „guter“ Kapitalismus, der um das Industriekapital gruppiert ist, im Gegensatz zu einem „schlechten“ dominant finanziellen Kapitalismus:

„Die 50 Unternehmen mit der größten Börsenkapitalisierung ... sollten 15% ihres Nettoergebnisses in einen Sonderfonds für die Reindustrialisierung leiten. Diese Summen sollten für eine Periode von 5 Jahren für einen strategischen Investitionsfonds bereitstehen.“ (FN 2013: 72).

Gegen das Finanzkapital tritt diese Partei für eine rechtliche Trennung zwischen Depositen- und Investitionsbanken, unter bestimmten Bedingungen für eine Nationalisierung von Depositenbanken in Schwierigkeiten, für ein Verbot von „spekulativen Derivatprodukten“ (ibid.: 7) und sogar für eine „globale“ Finanztransaktionssteuer (ibid.: 7) ein. Es ihr aber auch um die Bildung von Eliten („grandes écoles“, ibid.: 7)<sup>3</sup> eher für Unternehmens- und Industrierberufe als für Finanzberufe. Die Verteidigung des Unternehmertums, genauer eines industriellen Kapitalismus, soll den Real- und Oberschülern nahe gebracht werden. Dabei geht es vor allem um den „Unternehmergeist“ (ibid.: 62) mit einem besonderen Akzent auf dem „Beitrag der Kleinunternehmen für die wirtschaftliche Vitalität des Landes ... Speerspitze der Wirtschaftsaktivität und der Beschäftigung“ (ibid.: 62). Hierbei soll die Ausbildung dem Bedarf der Unternehmen angepasst werden, indem die einheitliche Realschule mit ihrer gleichen Ausbildung für alle Schüler abgeschafft wird und den Unternehmen mittels einer verstärkten Berufsschulbildung, die mit einer Erhöhung der Zahl der Lehrlinge von 500.000 auf 700.000 und eine Herabsetzung des Ausbildungsalters von aktuell 16 auf 14 Jahre einhergehen sollen, billige Arbeitskräfte angeboten werden.

Dies ist wie ein Echo auf die programmatische Tradition der faschistischen Parteien, für die das Finanzkapital eine Bedrohung für das Kleinbürgertum darstellte. Einige Monate bevor sich die Deutsche Arbeiter-Partei (DAP) in die NSDAP transformierte, verabschiedete sie ein Programm, in dem sie folgende Forderungen erhob: „Brechung der Zinsknechtschaft ... die Verstaatlichung der bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe ... die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben... die sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende ... die Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“ (Deutsche Arbeiter-Partei 1920).

Der FN benötigt einen starken Staat, der vorgibt im Interesse der Klein- und Mittelbetriebe wie –Industrien sowie der Nationalindustrie zu agieren. Er schlägt eine Stärkung des Zentralstaates über eine Kompetenzübertragung, aber auch Dotationsminderung zu Lasten der Kommunen vor. „Der Staat ist eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere“, heißt es bei Lenin (1984: 469). Dieser Staat soll im Dienste des Kapitalismus stehen und seine Normen übernehmen, er soll eine „Anstrengung der Organisation und Wirksamkeit“ unternehmen, „um das Funktionieren der kommerziellen öffentlichen Dienste zu modernisieren und rationalisieren“ (FN 2013: 21). Es geht auch um die Stärkung seiner repressiven Organe, um seine Rolle als Schützer

der kapitalistischen Interessen wahrzunehmen. In dieser Hinsicht tritt der FN für eine Erhöhung der Budgets für Justiz (mit einem gleichzeitigen Verbot der gewerkschaftlichen Organisation und des politischen Engagements für Richter), Polizei (mit einer Schaffung einer Nationalgarde von 50.000 Personen, die sofort für die Niederschlagung sozialer Kämpfe bereitstünde, einer Aufstockung der Streifenpolizei mit einem Recht „in legitimer Selbstverteidigung“ (ibid. 19) zu töten) und der Armee (vor allem für den Bau von Flugzeugträgern und höheren Zahlungen an frühere Armeeangehörige), neue Gefängnisse und für schärfere strafrechtliche Bestimmungen für Minderjährige (die mit Entzug von Sozialhilfe gekoppelt werden sollen) ein. Dem FN schwebt mithin eine Verstärkung des repressiven Apparates zu Gunsten des Kleinbürgertums und der nationalen Industrie vor.

### **Ein Programm zur Täuschung der Arbeiter, gegen die Arbeiterorganisationen und für ein Bündnis von Kapital und Arbeit**

Während Jean-Marie Le Pen einen offenen pro-kapitalistischen Diskurs pflegte, hatte sich die faschistische Tradition an die Arbeiter gewandt. Ohne am Grundsätzlichen etwas zu ändern, nahm Marine Le Pen diese Tradition wieder auf. Das ist dem früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy nicht entgangen: „Marine Le Pen ist von der extremen Linken, ihr Wirtschaftsprogramm ist wie von Jean-Luc Mélenchon<sup>4</sup>.“ (Rede in Nancy, 3.11.2014) Ähnlich der derzeitige Staatspräsident François Hollande: „Frau Le Pen spricht wie ein Traktat der Kommunistischen Partei der siebziger Jahre.“ (Canal +, 19.4.2015). Sie kultiviert diese Doppelbödigkeit, in dem sie erklärt, dass „die extreme Linke macht oft gute Feststellungen, aber daraus zieht sie nicht die letzten Konsequenzen“ (Journal de Dimanche, 2.11.2014).

Auch wenn der Front National (2013: 73) findet, dass die „Arbeitskosten“, das heißt der direkte und indirekte Lohn, zu hoch sind, so schlägt er doch verschiedene Maßnahmen vor, die sich vorgeblich an die Arbeiter wenden. Zu diesen gehören die Indexierung der Löhne im Privatsektor und der Mindestalterspension an die Inflation<sup>5</sup> wie auch die Erhöhung des Indexierungsniveaus für die öffentlichen Bediensteten der Kategorie C<sup>6</sup>. Er befürwortet ein Ende der Austeritätspolitik, die in der Eurozone verfolgt wird. Er beschuldigt diese, „die unteren und mittleren Klassen, die Pensionisten, die öffentlich Bediensteten, die Klein- und Mittelbetriebe“ (Front National 2013: 68) zu treffen. Er schlägt vor, die Zahl der für den vollen Pensionsbezug notwendigen Versicherungsjahre auf 40 zu senken und das Pensionierungsalter auf 60 Jahre zurückzuführen.<sup>7</sup> Zu den Vorschlägen gehört auch eine Erweiterung der Besteuerungsbasis bei den Kapitaleinkünften, um bestimmte Sozialausgaben zu finanzieren.

Dennoch denunziert er nicht den Steuerbetrug – dessen sich übrigens Jean-Marie Le Pen schuldig machte – bei den reichen Kapitalisten, die nicht ihre Steuern zahlen wollen. Er wird auf mehr als 80 Mrd. Euro geschätzt. Hingegen wendet scharf gegen „Sozialbetrug“ in Höhe einiger Dutzend Millionen Euro. Es geht ihm in Wirklichkeit um die Minderung des Soziallohns über eine schärfere Kontrolle der Arbeitslosen. Denn der FN sieht vor, „die Nicht-Einhaltung von Auflagen seitens des Pôle Emploi durch einen Arbeitssuchenden ... wird schärfer nachgeprüft“ (Front National 2013: 66).

Wenn der FN den Arbeitern entgegentritt, klagt er nicht den Kapitalismus oder die Kapitalistenklasse an, sondern die Euro-Zone. In diesem Sinne verlangt er, dass „Frankreich sein Veto gegen die unsinnigen und ruinösen Sanierungspläne für die Opferländer des Euro einlegt“ (ibid.: 68). Indem er „das Unternehmen, den Unternehmer und den Lohnempfänger ins Herz des Wirtschaftslebens“ (ibid. 63) stellen will, schafft der FN die Il-

lusion einer Interessenkonvergenz und Allianz zwischen Kapital und Arbeit. Eine solche Position zieht mehrere Konsequenzen nach sich. Zunächst einmal, in der faschistischen Tradition, die Ersetzung von Arbeiter- durch korporatistische Gewerkschaften: Der FN befürwortet eine „große Gewerkschaftsreform“, welche das „Monopol der Repräsentativität, wie es nach Befreiung geschaffen worden ist“, aufhebt, die „Modalitäten der Vertreter der Lohnabhängigen“ in einer Weise modifiziert, dass die Gewerkschaften „stärker bereit werden, gemäß konstruktiven Konzertierungslogiken zu wirken, und weniger versucht sind, auf Kraftproben zurückzugreifen“ (ibid.: 67). Eine solche Verbindung zwischen Kapital und Arbeit soll auch eine Übertragung „eines Teils des Eigentums am Unternehmen“ an die Arbeiter beinhalten, „was Dividendenzahlungen ermöglicht“ (ibid.: 79). Das würde sicherlich auf Kosten eines Teils des Lohnes gehen, womit die Einkünfte der Lohnabhängigen von ihrer eigenen Ausbeutung abhängig gemacht würden. Das Ganze würde „ohne ein Stimmrecht“ (ibid. 79) erfolgen, damit die Arbeiter keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik des Unternehmens bekommen. Der FN schlägt ganz explizit die Schaffung von Gratisarbeit durch einen Aufruf zur Schaffung „einer Armee von ehrenamtlichen Freiwilligen“ vor, „die nichts verlangen, sondern einfach glücklich und zufrieden sind, ihre Talente den jungen Generationen zur Verfügung zu stellen“ (Rede von Marine Le Pen, 11.9.2011).

Ziel des FN ist die Erhöhung der Mehrwertrate, um die Profitrate der nationalen kapitalistischen Unternehmen zu erhöhen.

### **Eine nationale Präferenz sowohl gegen die Arbeiter als auch gegen die internationale Konkurrenz**

Die Offensive des FN gegen die Arbeiter läuft über einen Diskurs, der darauf gerichtet ist, diese zu spalten. Daher konzentrieren sich die Angriffe auf die Ausländer, die ausländischen Arbeitskräfte. Der FN schlägt vor, die Rechte der ausländischen Arbeitskräfte zu mindern und durch eine Einschränkung der Sozialmaßnahmen auf französische Arbeiter. Soziale Sicherung (*sécurité sociale*) sollen nur jene in Anspruch nehmen können, die mindestens ein Jahr ununterbrochen in Frankreich gelebt und Einzahlungen vorgenommen haben. Die staatliche Gesundheitshilfe für Migranten ohne Papiere soll abgeschafft werden. Das Recht auf eine Mindestalterspension soll für jene Ausländer abgeschafft werden, die weniger als 10 Jahre in Frankreich in die Sozialversicherung eingezahlt haben. Die Familienzusammenführung – einer der drei zugelassenen Gründe für eine legale Einwanderung (neben beruflichen und studienbedingten Gründen) – soll gestrichen werden. Die Zahl der Asylsuchenden, denen der Aufenthalt in Frankreich erlaubt wird, soll „drastisch“ reduziert werden. Der freie Personenverkehr soll durch eine Neuverhandlung des Schengenabkommens eingeschränkt werden. Die Länge der Aufenthaltsbewilligung soll von zehn auf drei Jahre reduziert werden. Die Vereinigungen, welche die Rechte der Immigranten verteidigen, sollen (durch eine Neufassung der europäischen Menschenrechtskonvention) geschwächt werden. Der Staatsbürgerschaftsanspruch durch Geburt in Frankreich (*droit de sol*) soll abgeschafft werden. Die Einbürgerungen sollen beschränkt, die Doppelstaatsbürgerschaften für Personen, die von außerhalb der Europäischen Union kommen, verboten werden. Die Möglichkeit einer Regularisierung von Immigranten ohne Papieren soll unterbunden und Demonstrationen zugunsten der Migranten ohne Papier sollen verboten werden. Das Ziel ist die Zahl der legalen Immigranten innerhalb von fünf Jahren auf 5% des jetzigen Standes (von 200.000 auf 10.000) zu reduzieren.

Das traditionelle Kleinbürgertum sieht sich sowohl mit den Arbeitern als auch der ausländischen Konkurrenz konfrontiert. Daher tritt der FN für eine nationale Präferenz ein. Diese soll insbesondere ein Gesetz „Kaufen wir Französisch“, wodurch die Staatsverwaltung nationale Waren beschafft, einen „Anreiz“ für die Unternehmen, „bei der Beschäftigung ... Personen mit französischer Staatsbürgerschaft Priorität einzuräumen“ (Front National 2013: 12), ein Gesetz, das die „Arbeitsmarktverwaltung (Pôle Emploi) zwingen wird, ... die verfügbaren Stellen französischen Stellensuchenden vorzuschlagen“ (ibid.: 12), die Erweiterung „der Liste von Stellen, ... die französischen Staatsbürgern vorbehalten sind“ (ibid.: 13), eine Modifizierung der Unternehmensbesteuerung, um die prioritäre Reinvestition von Gewinnen in Frankreich zu ermutigen, sowie die Schaffung einer nationalen Priorität beim Zugang zu Sozialwohnungen umfassen. Gegen die internationale Konkurrenz schlägt der FN Zölle und Einfuhrquoten vor.

Der vom FN am häufigsten erwähnte Gegner ist die Europäische Union. Hier geht es ihm darum, den Nettobeitrag des französischen Staates zum Budget der EU zu annullieren, den Euro abzuschaffen und zu den nationalen Währungen zurückzukehren, was kompetitive Abwertungen ermöglichen würde. Es gehe darum, mit einem neuen Ministerium der Souveränitäten die Verträge der Europäischen Union neu zu verhandeln, um „die Souveränität in all jenen Bereichen wiederherzustellen, in denen sie verschwunden ist“. Der FN privilegiert „eine freie Vereinigung der europäischen Staaten“ (Front National 2013: 6), indem „das Primat des nationalen Rechtes gegenüber dem europäischen Recht wiederhergestellt wird“ (ibid.: 49). Der FN ist weit davon entfernt, sich gegen das Kapital zu wenden. Denn eigentlich ist er einer seiner Organisationen. Er verteidigt den französischen Kapitalismus gegen andere Kapitalismen.

### Schlussfolgerungen

In der Tradition des traditionellen Faschismus wendet sich der FN in erster Linie an das Kleinbürgertum, das durch die internationale Konkurrenz geschwächt ist. Er verteidigt in Wirklichkeit das nationale Industriekapital, das durch den Aufstieg des Finanzkapitals geschwächt ist. Mit dieser Stoßrichtung tritt er auch für die Stärkung der repressiven Funktionen des Staates ein. In dieser Hinsicht die Partei ein Feind der Arbeiter. Gleichzeitig versucht sie, diese durch bestimmte Maßnahmen zu täuschen. Sie tritt für eine Schwächung der Arbeitergewerkschaften zugunsten korporatistischer Gewerkschaften im Sinne eine Verbindung zwischen Kapital und Arbeit ein. Und schließlich sucht sie die Arbeiterklasse zu spalten, in dem sie die ausländischen Arbeiter angreift, und die Europäische Union als Schuldigen für viele Probleme darstellt. Der FN ist als eine bürgerliche Partei mit einem Programm, das sich in den Dienst der nationalen Kapitalistenklasse stellt.

*Übersetzung aus dem Französischen Joachim Becker*

### Literatur

Deutsche Arbeiter-Partei (1920) Grundsätzliches Programm der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei. ([www.historisches-lexikon-bayerns.de/document/artikel\\_44553\\_bilder\\_value\\_1\\_nsdap.jpg](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/document/artikel_44553_bilder_value_1_nsdap.jpg)).

Front National (2013) Notre projet. Programme politique du Front National. Paris.

Lenin, W.I. (1984) Über den Staat. Vorlesung an der Swerdlowsk Universität, 11. Juli 1919. In: Lenin, W.I.: Werke. Band 29. Berlin 1984, 460–479.

Trotsky, Leo (1971) Schriften über Deutschland. Bd. I., Frankfurt/M.

### Anmerkungen

- 1 Präsident des Kollaborationsregimes während der Nazi-faschistischen Besetzung Frankreichs, Anm. d.Ü.
- 2 „Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die ‚normalen‘ militärisch-polizeilichen Mittel einer bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen.“ (Trotsky 1971: 194)
- 3 Grandes écoles sind französische Eliteuniversitäten, Anm. d.Ü.
- 4 Im Jahr 2012 Präsidentschaftskandidat der Front de Gauche, Anm. d.Ü.
- 5 Die Indexierung der Löhne im Privatsektor ist 1982 beendet worden.
- 6 Das Indexierungsniveau für die öffentlichen Bediensteten, dessen Anpassung eigentlich jedes Jahr zwischen Regierung und Gewerkschaften verhandelt wird, ist seit 2011 eingefroren.
- 7 Derzeit beträgt die Zahl der Versicherungsjahre, die für einen vollen Pensionsanspruch erforderlich sind, 43, und mit 62 Jahren ist es gesetzlich möglich, in Pension zu gehen.